



Beschluss

der 85. Konferenz Justizministerinnen und Justizminister am 6. November 2014 in Berlin

**TOP II.8 Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur
Verhinderung von rechtsstaatlich problematischer
„Paralleljustiz“
- JMK 164 -**

Berichterstattung: Bayern, Berlin

1. Die Justizministerinnen und Justizminister betonen im Anschluss an die Beratungen der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister am 13. und 14. Juni 2012 und die soeben abgeschlossenen Erörterungen des 70. Deutschen Juristentages, dass eine "Paralleljustiz", die außerhalb unserer Rechtsordnung stattfindet und dem Wertesystem des Grundgesetzes widerspricht, nicht geduldet wird oder würde.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister richten daher unter dem Vorsitz Bayerns eine länderoffene Arbeitsgruppe ein mit dem Ziel, Erfahrungen in diesem Bereich über die Ländergrenzen hinweg auszutauschen, ggf. externe Sachverständige einzubeziehen, einen gemeinsamen Befund zu erarbeiten und Lösungsansätze aufzuzeigen. Sie laden das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ein, sich an der Arbeitsgruppe zu beteiligen.
3. Sie bitten die Integrationsministerkonferenz, die Innenministerkonferenz und die Kultusministerkonferenz um Mitteilung, welche Fachressorts in den Ländern an der Arbeitsgruppe teilnehmen werden.